

Hannburger Echo

Das „Hannburger Echo“ erscheint täglich zweimal. Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis monatlich 6,50 A., monatlich 2,00 A., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abnehmer 24.— A.
Redaktion:
Hannoverstr. 11, 1. Stod.
Verantwortlicher Redakteur:
Paul Rugebahr, Altona.
Expedition:
Hannoverstr. 11, 1. Stod.
Buchhandlung: G. Borchers.
Erscheinungs-Ort:
Hannoverstr. 11, 1. Stod.

Managen die etwa 1000000
Bettler 6,50 A.
unter Aufsicht der „Sozialistischen Bundesarbeiter“ u. Familienangehörigen 3,50 A.
Keine Managen die 9 Stellen die Stelle 3,75 A.
Managen in Anwesenheit
Hannoverstr. 11 in
Gehalt (bis 7 Uhr abends
für den folgenden Tag)
in den Blättern (bis 3 Uhr
und in allen Annoncen-
surcaden.
Platz- und Baumverhältnisse
ohne Verbindlichkeit.

Nr. 124.

Dienstag, den 14. März 1922 — Abend-Ausgabe.

36. Jahrgang.

Sozialismus und Kommunismus.

Durch die vor der Tür stehende Zusammenkunft der beiden sozialistischen Internationalen mit den Vertretern des Bolschewismus sind die Probleme wieder in den Vordergrund der Diskussion gerückt, die die theoretischen und praktischen Differenzen im Sozialismus ausmachen. In den nachfolgenden Ausführungen eines gelegentlichen Mitarbeiter der Parteipresse wird auf eine Entwidlung des in Sowjetrußland zum ersten Male Gestalt genommene Kommunismus hingewiesen, die, wenn nicht als längst in Berlin und dann in Genä neue Etappen finden wird.

Bei den ebenso zahlreichen wie merkwürdigen Kämpfen zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei hört man oft — als veröhnendes Moment gewissermaßen — die Wendung, daß nur der Weg verschieden sei, daß aber über das Ziel zwischen beiden Parteien keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Man pflegt derartige Worte, namentlich wenn sie schlagwortmäßig gebildet sind und sich dem Gedächtnis gut einprägen, gedanklos nachzusprechen und so Anlaß zu einer Legendenbildung zu geben, die ihrem Urheber durchaus nicht immer gerecht ist. Vielleicht ist es deshalb nicht ganz überflüssig, die Frage zu unteruchen, ob die sozialistische Partei — unter deren Namen wir die sozialdemokratische wie die unabhängige zusammenfassen wollen — wirklich noch dem gleichen Ziel entgegenstrebt wie die kommunistische.

Zunächst ist die Behauptung von der Wegverschiedenheit irrig. Es ist durchaus nicht zutreffend, daß der Weg der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei immer und in jeder Hinsicht verschieden sei. Tatsächlich vielmehr stehen beide Parteien auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei noch nach wie vor das Klassenkampfprinzip befolgt, wird zwar von den Kommunisten lebhaft bestritten. Nichtsdestoweniger darf die sozialistische Partei mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, daß sie den Klassenkampf besser und für die Interessen des Proletariats ausdauernder führt, als die kommunistische Partei es tut. Der Klassenkampf besteht — das ist tausendmal und doch anscheinend noch immer nicht genug gesagt worden — nicht in der Anzettelung von Bürgerkriegen und auch nicht in der Verwendung von Lärminstrumenten in parlamentarischen Verhandlungen, sondern er besteht in der systematischen Ausnutzung aller bestehenden Rechtsmittel zur Befreiung des Proletariats von ökonomischer und geistlicher Ausbeutung. Wenn also auch die sozialistischen Parteien den Klassenkampf als einen Zustand oder — wie es Wolfgang Heine mir gegenüber einmal ausdrückte — als einen Hebel der Bewegung bezeichnen, während die Kommunisten ihn als Zweck betrachten, so ist doch das Mittel beiden Parteien gemeinsam, so daß nicht gut schlechthin von der absoluten Verschiedenheit des Weges gesprochen werden kann.

Und nun das Ziel! Es gab einmal eine Zeit — die leider Ende 1917 ihr Ende nahm — da gab es zwischen Sozialisten über die Frage des Zieles keine Meinungsabstufungen. Nachdem sich aber in Rußland die Räterepublik konstituiert hatte, änderte sich Ziel und Ideal des mittlerenweilenstandenen Spartakusbundes, aus dem später die kommunistische Partei mit ihren zahlreichen Ablegern hervorging. Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft, das bisher als programmatischer Punkt allen sozialistischen Parteien vor Augen geschwebt hatte, verwandelte sich und wurde zu dem von heute auf morgen zu verwirklichenden Räteparat. Es war nicht mehr die Rede davon, daß die Räterepublik etwa nur ein Uebergangsstadium zu der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, sondern aus dem Zukunftsziel war plötzlich ein Gegenwartsprogramm geworden. Dadurch aber gab die kommunistische Partei ihren sozialistischen Charakter auf und zog den grundsätzlichen Trennungspunkt gegen die sozialistischen Parteien, die in einer Gesellschaftsform nach Marx-Engelscher Auffassung noch immer ihr durch den Klassenkampf zu verwirklichendes Ideal erblickten.

So ist also tatsächlich zwischen Sozialismus und Kommunismus eine Grenzlinie gezogen. Diese Tatsache feststellen, bedeutet nichts weniger, als sich mit ihr abfinden. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß der Glaube zahlreicher Kommunisten an das Räteparat und seine Herrlichkeit schwerer erschüttert ist, als sie es der Deffektivität gegenüber wahr haben wollen, darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß es ja heute den festumrissenen Begriff „Räterepublik“ nicht mehr gibt. Mehr als in anderen Ländern sind die Dinge in Rußland im Finz, und der wäre ein schlechter Sozialist, der die großen Gehege der Entwicklung aus dem Bereich seiner politisch-ökonomischen Gedanken ausschalten wollte. Sozialist sein heißt materialistisch, heißt dialektisch, heißt dialektisch denken. Dialektik aber im Marxismus Sinne ist nicht anderes, als die Gestaltung der Synthese aus These und Antithese. Diese Einstellung aber bedingt mit zwingender Notwendigkeit, daß diejenigen Kommunisten, die

wirklich auf Marxistischer Basis stehen, auch für als Ideal der Räterepublik eine Veränderung in den Kreis ihrer Berechnungen einbeziehen müssen. Sie müssen sich fragen, welches Wirtschaftsgebilde bestimmt ist, den kommunistischen Räteparat abzulösen, der seine Unfähigkeit erwiesen hat, Muster dauernder Staatsform zu sein. Da nun gegenwärtig der Weg in Rußland zu einer Annäherung an kapitalistische Wirtschaftsformen führt — die doch unzweifelhaft von den Kommunisten nicht als Ideal der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können — so müssen sie über kurz oder lang auf die Propagierung der gleichen Staatsform zurückkommen, die die sozialistischen Parteien auf ihre Fahne geschrieben haben.

Es zeigt sich also, daß die Stellung zwischen Sozialisten und Kommunisten durch das Schlagwort von dem verschiedenen Weg und dem gleichen Ziel ihrer Klärung um keinen Schritt nähergerückt ist. Es ist ebenso schädlich, ständig die Gegensätze zwischen beiden Parteien zu vertiefen, wie es zwecklos ist, vorhandene Gegensätze künstlich überbrücken zu wollen. Der Sozialismus huldigt nicht einer fatalistischen Zuversicht auf den Gang der Entwicklung; aber er baut auf diese Entwicklung, weil auf ihrer Seite Vernunft, Wille der Volksmehrheiten und die Macht der Wirtschaft stehen.

Das Schuldkonto der Bolschewisten.

Die bolschewistische Regierung hat gegenwärtig in Moskau 47 Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre, darunter das ganze Zentralkomitee der Partei, und Gerichte des Obersten Tribunals übergeben. Das Gericht soll auf Grund läugerlicher Vorwürfe die wahre Rolle der Partei der Sozialrevolutionäre während des Bürgerkrieges und deren Kampfmethoden gegen die Sowjetmacht prüfen, um auf diese Weise die Beschränkung der Partei der Sozialrevolutionäre gegen die proletarische Revolution festzustellen.

Anschließend dessen nimmt das Auslandskomitee der Partei der Sozialrevolutionäre in einer längeren Aufschrift „An die sozialistischen Parteien aller Länder“ — die uns zur Verfügung gestellt wurde — Stellung zum Sowjetismus und lenzenerzeit nochmals dessen Fäden gegen die Arbeiterpartei. Mit Entschiedenheit wird zunächst der bolschewistischen Partei das Recht abgestritten, den Oktoberumsturz „proletarische Revolution“ zu nennen. Die bolschewistische Partei sei die erste gewesen, die den Bürgerkrieg begann, indem sie eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung mit Gewalt erzogte, später die kommunistische Partei an die Macht brachte, die die Bolschewisten als „Kriegsregierung“ bezeichneten. Die Bolschewisten seien die Urheber aller sozialistischen Verbrechen, die gegen die Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre erlaube. So wurde insbesondere das Parteibermögen beschlagnahmt, die Parteiorganisation zerstückelt, die Parteipresse infiziert, eine große Anzahl von Parteimitgliedern ohne Grund erschossen oder ins Gefängnis geworfen. Angehörige seien — und das betont der Aufsatz ausdrücklich — hat die Sozialrevolutionäre Partei es damals als ihr gutes Recht betrachtet, mit der Waffe in der Hand dem Widerstand zu leisten, die mit Hilfe konpartistischer Methoden eine brutale Parteielogarchie aufzurichten suchten. Dennoch aber habe sich die Partei damals wie auch später bereit erklärt, dem Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterdemokratie ein Ende zu machen, aber nur unter der Bedingung: allgemeine Wahlen in die Sowjets, geheimes Wahlrecht, Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlung, Freiheit der Gewerkschaften, Freiheit aller sozialistischen Parteien, die den Beschlüssen der neu gewählten Sowjets in allen kritischen Fragen zu unterwerfen ein schließlich der Frage über das Bestehen der konstituierenden Nationalversammlung. Auf dieses Angebot gingen die Bolschewisten nicht ein, erklärten aber aus eigener Initiative, ihr Verhalten der Sozialrevolutionären Partei gegenüber zu ändern und sie „probeweise“ zu legalisieren. Aber auch bei diesem Akt konnte die herrschende Macht nicht der Versuchung widerstehen, die angebliche Legalisierung in eine niederträchtige Polizeifalle zu verwandeln. Beim Zuge, nachdem die Sozialrevolutionäre Partei ihr legales, tägliches Organ herausgab, wurden plötzlich Waffenbeschaffungen der Partei verboten und mit dem offenkundigen Zweck, die Partei durch diesen plötzlichen Lieferstillstand gänzlich aufzulösen. Von dieser Zeit ab bis zum gegenwärtigen Augenblick mußten die Sozialrevolutionäre ein illegales Leben führen, obwohl die formale Legalität der Partei niemals aufgehoben wurde. „Unter diesen Umständen“ — heißt es in der Aufschrift — „ist es in der Tat ungeschicklich, wenn die herrschende Partei nun versucht, wegen der Teilnahme an dem längst beendigten Bürgerkrieg einen politischen Prozeß zu initiieren und den durch die Legalität mit unserer Partei längst liquidierten Rechtsstreit mit uns zu erneuern. Wir brandmarken diesen Akt als einen Akt der doppelten Treulosigkeit. Wir erklären, daß das gesamte Gericht kein Gericht, sondern ein niederträchtiger Gestalt ist, und daß unsere Genossen dort nicht als Angeklagte, sondern als Mörder auftreten werden. Unsere Genossen schwächen sich nicht in den Gefängnissen ohne Verhör, ohne Gericht, einige von ihnen schon seit dem Jahre 1918.“

Zum Schluß fordert die Partei der Sozialrevolutionäre die Bolschewisten zu einer offenen Auseinandersetzung auf. Sie schlagen die Organisation eines Gerichts vor, das aus den Vertretern der drei internationalen Vereinigungen der sozialistischen und der kommunistischen Parteien bestehen soll. Sie schlagen dem Gerichte vor, alle Anklagen zu prüfen, die von der jetzt in Rußland herrschenden Partei gegen sie vorgebracht werden. Neben Verzicht der Bolschewisten, sich einem solchen Gericht zu unterwerfen, beschließen die Sozialrevolutionäre als ein direktes Eingeständnis der bemuteten Ungehorsamkeit der großen Anklage zu betrachten. In Bezug auf die Kommunisten in ganz Europa wird nach der Erörterung zum Ausdruck gebracht, daß sie aus Interesse an der Wahrheit die gleiche Forderung unterstützen und verbinden, daß insbesondere irgendwo in einer Partei ein Mörder ein neues Verbrechen, ein neues Attentat gegen die Menschlichkeit begeht.

Es wird ernst.

Genä bestimmt am 10. April. — Lenin doch Delegierter? — Die Richtlinien des Reichswirtschaftsrats.

Genä, Rom, 13. März. Den Zeitungen zufolge wurde auf Grund zunehmender Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genuefer Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt. Genä, London, 13. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus, die Sowjetregierung teile der italienischen Regierung telegraphisch mit, daß die russische Delegation zur Genuefer Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinoff und 11 anderen Personen bestehen würde. Das Parlamentsmitglied Wegwood fragte an, welche Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, die die italienische Regierung angehe. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, die Möglichkeit der amerikanischen Regierung, an der Genuefer Konferenz teilzunehmen, werde zu keiner Verberung des Zeitpunktes der Konferenz führen.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Sonnabend mit Punkt 4 der von der Konferenz von Genä vorgelegenen Tagesordnung: Finanzfragen. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß es Deutschland sehr nicht möglich sei, bestimmte Vorschläge zu machen. Neben allgemeinen Maßnahmen müßten vor allem finanzielle Unterlagen herbeigeführt werden, die es den Interessierten ermöglichen, alle die Frage Deutschlands betreffenden Fragen zu beantworten. Als Richtlinie wurde der Entwurf eines Gutachtens von Georg Bernhard angenommen, das unter anderem besagt:

„Die augenblickliche Weltlage gebietet die Revision der in Folge des Krieges eingetretenen internationalen Verhältnisse und die Beendigung der unproduktiven Anhäufung des Goldes in den übervalutarischen Ländern durch Ueberlassung von Krediten an die goldarmen Staaten. Diese Kredite sind teils als Staatskredite, teils als langfristige Anleihekredite für die Industrie zur Verfügung zu stellen. Zu erwägen ist, ob nicht unter Führung der Zentralbanken des Kontinents zur dauernden Stärkung der europäischen Valuta eine Art von Clearing der europäischen Wirtschaften herbeigeführt werden soll, durch das die Salden der einzelnen Volkswirtschaften ausgeglichen werden, so daß nur ein Gesamtsaldo der europäischen Wirtschaft in den europäischen Wirtschaftsgebieten berechnet zu werden braucht.“

Bei der Behandlung der Zwangsanleihe wurde ein Antrag Differenzierung angenommen, der fordert, daß der Entwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe dem Ausschuß so rechtzeitig zugeht, daß keine soziale Wirksamkeit möglich ist. Die Umfassung der Zwangsanleihe wird für außerordentlich bedenklich gehalten. Der Ausschuß behauptet, daß nicht andere Arten der Kreditübernahme beachtet werden sollen, wie zum Beispiel die Auflegung einer freiwilligen, geldwertbestimmten Anleihe, deren in Gold zu bedingenden Zinsen und Amortisationsbeträge dem Besitz aufzulegen werden.

Unter Chamberlains Meldung von der Delegation Lenins nach Genä wird man ein Fragezeichen zu setzen haben. Gemäß wird der Führer Sowjetrußlands die Verhandlungen leiten und beeinflussen, daß er indessen Rußland verlassen und selbst in Genä anwesend sein wird, glauben wir nicht. — Zu der Entschlebung des Deutschen Reichswirtschaftsrates ist zu erläutern: unter „Clearing“ ist eine Art Ausgleichsverfahren zu verstehen, mittels dessen eine einheitliche Verrechnung des europäischen Zahlungsverkehrs ermöglicht wird und das die häufigen Valutawanklungen innerhalb einer größeren Zeitperiode eindämmt.

Eine Konferenz der Kleinen Entente, unter Mitwirkung Polens, Ruminiens, der Tschechoslowakei und des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, die zu dem Zwecke vereinigt war, die wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsfragen zu besprechen, wie sie zum Gegenstand der Tagesordnung der Konferenz von Genä gewählt wurden, hat das für die Tagesordnung von Genä angenehme Prinzip aufgegeben, nach dem keine Veränderung der Friedensverträge stattfinden darf.

Gibt Amerika nach?

Genä, Berlin, 14. März. (Drahtbericht.) Laut Washingtoner Meldungen aus Washington soll die amerikanische Regierung bereit sein, unter gewissen Voraussetzungen die Forderungen auf Bezahlung der ausstehenden Zahlungen an die Alliierten zu berücksichtigen bzw. herabzusetzen. Der französische Gesandte in Paris hat angeblich in dieser Beziehung weitgehende Vollmachten erhalten. Andererseits ist ihm aber entgegengehalten worden, auf eine Verquickung von deutschen und alliierten Schulden nicht einzugehen.

Neuerdings führt man die Forderung Amerikas auf das Ergebnis der Washingtoner Konferenz zurück, insbesondere auf dessen Stadium, da Amerika die Forderung verlangt und hiermit nicht durchdrang. Demnach war Amerika bereits über das Verhalten der französischen Delegation entsetzt und hat erklärt, daß es Mittel bestimme, zu verhindern, daß sich Frankreich durch die amerikanische Forderung um Millionen verhäufte, was es Amerika beim unbedenklichen Summen schuld. Geringfügig nach Paris hat die amerikanische Delegation erklärt, daß er nicht weiter gegen die Stimmen des Senats anknüpfen könne. Die sich gegen die französische Forderung des nun vorliegenden Zahlungsverlangens erklärte sich darans, daß Hughes auf diese Weise die Opposition gegen das Viermächte-Abkommen zu beschwichtigen versuchen wollte.

Die neue Beamtenbesoldung.

Wir haben im Morgenblatt bereits in einem Bericht die Sozialdemokratischen Parlamentarier mitgeteilt, wie sich die neuen Beamtengehälter zusammenstellen werden. Wir geben dazu heute noch eine aus derselben Quelle stammende Tabelle wieder, die das Gerippe der neuen Besoldungsordnung wiedergibt. Bei der Berechnung der Gesamtgehälter ist also nicht zu vergessen, die in der Morgenausgabe erwähnten Zulagen in Betracht zu ziehen.

A. Grundgehälter der planmäßigen Beamten ab 1. April 1922.

Aufstufungszeit:	Gruppe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Anfangsgehalt	11000	13500	15000	16000	17000	18500	20000
nach 2 Jahren	11700	14100	15700	16800	18000	19500	21000
„ 4 „	12400	14700	16400	17600	19000	20500	22000
„ 6 „	13000	15300	17000	18200	19800	21300	23000
„ 8 „	13800	15900	17800	19000	20600	22100	23800
„ 10 „	14200	16500	18200	19400	21000	22500	24400
„ 12 „	14800	17000	18800	20000	21600	23100	25000
„ 14 „	15400	17500	19400	20600	22200	23700	25600
„ 16 „	16000	18000	20000	21200	22800	24300	26200

Aufstufungszeit:	Gruppe VIII			Gruppe IX			Gruppe X			Gruppe XI			Gruppe XII		
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	
Anfangsgehalt	22000	25000	28000	29000	32000	35000	36000	39000	40000	43000	46000	47000	50000	53000	
nach 2 Jahren	22500	25500	28500	29500	32500	35500	36500	39500	40500	43500	46500	47500	50500	53500	
„ 4 „	23000	26000	29000	30000	33000	36000	37000	40000	41000	44000	47000	48000	51000	54000	
„ 6 „	23500	26500	29500	30500	33500	36500	37500	40500	41500	44500	47500	48500	51500	54500	
„ 8 „	24000	27000	30000	31000	34000	37000	38000	41000	42000	45000	48000	49000	52000	55000	
„ 10 „	24500	27500	30500	31500	34500	37500	38500	41500	42500	45500	48500	49500	52500	55500	
„ 12 „	25000	28000	31000	32000	35000	38000	39000	42000	43000	46000	49000	50000	53000	56000	
„ 14 „	25500	28500	31500	32500	35500	38500	39500	42500	43500	46500	49500	50500	53500	56500	
„ 16 „	26000	29000	32000	33000	36000	39000	40000	43000	44000	47000	50000	51000	54000	57000	

Ortsausgänge.

Anmerkung zu den Ortsausgängen: Durch die neuen Gehaltssteigerungen ist die im Grundgehalt der Besoldungsgruppe III sowie die im Anfangsgehalt der Gruppe X lebenden Beamten günstiger als nach den bisherigen Ortsausgängen.

Ortsklasse	14800	14800—16500	16500—19500	19500—22900
A	3200	4000	4800	12600
B	2400	3000	3600	4200
C	2000	2500	3000	3500
D	1600	2000	2400	2800
E	1200	1500	1800	2100

Druckklasse 22900—30000 80000—40000 über 40000

A	6400	7200	8000
B	4800	5400	6000
C	4000	4500	5000
D	3200	3600	4000
E	2400	2700	3000

Nach Meldungen bürgerlicher Korrespondenzen, die mir im Morgenblatt aus erwiderten, bereitet das Reichsministerium des Innern ein Gesetz bezüglich des Streikverbotes für Beamte vor. Dieser entscheidenden Bestimmungen sollen bereits beschlossen sein. Jeder auf Lebenszeit angestellte Beamte, der im Zusammenhang mit anderen Beamten oder sonstigen Arbeitnehmern die Erfüllung seiner Amtspflichten ganz oder teilweise verweigert, soll nach diesem Beschlusse mit Disziplinarstrafe bestraft werden. Er soll aber das Recht bekommen, innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung beim Landgericht seines Heimatortes zu klagen und darf, wenn er rechtzeitig klagt, freilassen nach 3 Jahren wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden. Weiter will man wissen, daß sich dieses Gesetz auch auf die Beamten der Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften erstrecken soll. Wie der „Sozialdemokratische Volksdienst“ sagt, ist die Meldung in dieser Form falsch. Wie Minister Dr. Köster bereits im Hauptauschuß des Reichstages erklärte, sprechen in seinem Ministerium zurzeit Gesandtschaften über eine Veränderung des Beamtenvertrages, die in Bezug auf das Streikverbot, den Besoldungssteigerungen und ein Verbot der Besoldung für Beamte in Betracht kommen. Das Ministerium hat sich noch nicht einmal für einen der verschiedenen zu diesem Thema gemachten Vorschläge entschieden. Alle Meldungen über zu erwartende Veränderungen des Beamtengesetzes beruhen also auf Kombinationen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaften über die Regelung der Gehalts- und Löhnerhöhungen der Arbeiter und Angestellten wurden, wie der SPD. drahtet, am Montag bis in die späten Abendstunden fortgesetzt, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Es ergaben sich im Laufe der Beratungen Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, daß die Regierung die Forderung der Privatindustrie gewissermaßen als Grundbedingung ihrer Zugeständnisse zu machen versuchte. Die Gewerkschaften erklärten die Angebote des Reichsfinanzministeriums für unannehmbar. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß sie noch im Laufe des Tages zu einem Abschluß führen.

Der englische Budgetvorschlag für das Jahr für das am 1. April beginnende Finanzjahr betragt 62 300 000 Pfund Sterling gegenüber 97 714 000 für 1921/22. In dem Entwurf sind 162 000 Mann (Vorjahr 201 127) vorgesehen. Das Voranschlags-Rechnungsausgaben von 64 883 700 Pfund (82 479 000) sind ein Verschuldung von 38 500 (118 500) Mann vor. In der dem Finanzbudgetentwurf beigegebenen Begründung heißt es, man rechne bestimmt mit der Realisierung des Washingtoner Vertrages durch alle beteiligten Mächte. Von den 20 Großkampfschiffen, die nach dem Washingtoner Vertrag außer Dienst zu setzen sind, wurden bereits neun ausgemietet.

In Rom droht ein neuer Konflikt. Eine Volksversammlung, die am Montag nachmittag in Bezug auf den italienischen Verfassungsentwurf in Rom stattfand, forderte Abänderung mit dem Zweck, die italienische Regierung, wenn es nicht anders ginge, sogar durch bewaffnete Intervention.

Stand des Dollars (vorläufig) 269.

Wie Christen eine Frau gewinnt.

Von Jeremias Gottlieb.

16] Unbegreiflich schnell kam er mit dem Bescheid zurück, es seien Sonnenwörter da oben im Lal.
„Dannemitter“, sagte die Mutter, „geschwind hinein und schick dich neben das Mädchen, mach keine Klauen, hörst Du, wie's Brauch ist.“
„Rach“, die Wirtin daran, segelte sie der Sonnenwörterin zu, und mit dem Spruch: Es wird erlaubt sein? legte sie sich an ihre Seite vor Anker.
Christen aber ging Stübli zu, sagte ganz unbefangen: „E, groß Gott, das ist schön, daß Du auch da bist“, langte ihr die Hand, dann Vater und Mutter ohne weitere Bemerkung und Umänderung der Bestellung: von so etwas redet man in keinem Wirtschafte, auch nicht auf das leibliche.“
Die Wirtin wunderte sich, daß Christen Vater und Mutter die Hand gab, als ob er sie schon leude. Das ist nur zu natürlich gelaut: sie können ja meinen, das sei ein angelegtes Spiel von ihnen, und sie hätten ihnen abgehört, um neben sie zu kommen.
Daneben sonst führte Christen sich zu ihrer Bemerkung anfanglich sehr zurückhaltend auf, machte keine Späße und redete, wie es einem furchtsamen Bauer wohl angetan hätte, aber das Witz, die Breite vor allem und sonst diesem und jenem.
Der Stübli, dachte sie aber bald, tut wie ein Großvater und weiß nicht, daß die Mädchen einem nicht darauf tun tun, wenn man nicht mit ihnen den Klauen macht; einsehen tut er ihr auch nicht. Der dumme Kappi, er war immer einer und wird sein Beding einer bleiben. Sie mißte sich nicht recht laut hinein, sie führte mit der Sonnenwörterin interessante Gespräche über ihre Hauswirtschaft und hätte recht viele Zeit haben können, wenn der Kappi gegenüber nicht gelehrt wäre. Sie verurteilte es mit Witz, und als er das nicht merkte, suchte sie unter dem Tische seine Füße und trat ihn, aber Christen verzog keine Miene, änderte keine Weise nicht.
Wär's möglich gewesen, die Wirtin wäre aus der Haut gefahren, die aber war handfast, und die Schanden des Antlitzes sind auf dem Bande aus hartem Eisenholz gestimmt und halten eben-

falls fest. So wußte sich die Wirtin am Ende nicht mehr zu helfen, als zu sagen: der Wein dünne sie nicht auf, sie glaube, er sei geschmeckt; er möge guten Notzen machen lassen.
„Nun sei der Wein recht“, sagte Christen, vom Schmeckel merke er nichts, daneben wolle er ihr nichts befohlen haben; sie solle nur kommen lassen, wenn es sie gelüste, es sei ihm ganz recht.
Der dumme Kappi, dachte die Wirtin und stuppte ihn unwillkürlich aus Schanden, daß Christen für sich fand, die Füße unter seinen Stuhl zurückzuziehen.
Sie bestellte roten Wein, aber guten. Und als sie ihn erhielt, sagte sie zu Stübli: „Trink aus, ich möchte Dir auch einsehen; es kommt nachgerade lustig, wenn die alten Weiber den Mädchen einsehen müssen, sch, trink aus!“
Stübli mußte sich einsehen lassen, sowie der Sonnenwörterin und die Wirtin, oggeli, die letztere sagte, sie liebe den roten nicht besonders, sonst hätte sie auch eine Flasche kommen lassen können. Als die Wirtin endlich auch Christen sagte: „Sch, halt halt!“ sagte er: „Dank, Mutter, ich will dem Mädchen, zahlen müssen wir ihr doch, und ich stehen lassen, wäre verächtend, er dünkt mich nicht bö.“
„De nun“, sagte die Wirtin, „wenn Du ihn magst, so mag ich ihn Dir wohl geben, mach, was Du willst, und sie machst dazu Augen fast wie Flügeln.“
Stübli gefiel das aber sehr wohl; es ward ihr leicht ums Herz. Sie trat recht freundlich mit Christen, der sich ganz gelassen gelassen blieb, auch es die Wirtin fast aufprengte. Das denn der Kappi seine Augen mehr, dachte sie; wenn er nur die Hand ausstreckte, so hätte er das Mädchen, und sich da wie ein Weibschaf.
Endlich sagte sie, es dünne sie, sie höre den Geiger; ob sie nicht einen miteinander haben wollten.
„Mutter“, sagte Christen, „Du hast gesagt, Du wollest bald fort, und wenn man einmal mit „Angen anfängt, so weicht wohl, man muß sie, wenn man fort kommt.“
Das war der Mutter zu viel; eines so einfältigen Sohnes schämte sie sich, sie konnte nicht mehr an sich halten; sie sagte: „Wirst Dich fürchten? Daß Du so ein Schwächling bist, so ein Gefasch, habe ich nicht gewohnt.“
„Mutter“, sagte Christen, „so einer fürchtet sich nicht,“ und damit

nahm er Gaselnüsse vom Teller und zerdrückte sie mit den Fingern, als ob es Erdbeeren wären.
„Wenn Du Dich nicht fürchtest, warum gehst Du dann nicht, kannst etwa nicht tanzen, oder hast kein Weib für den Geiger, so will ich Dir geben.“
„Kuter, nehmt es nicht für unang“, sagte Christen, „Ich verpöcht, daß wir nicht dorein sind, und ob dem Mädchen eine Schlägerlei so eines fremden Menschen, sondern an eine einjame Stelle, wo ein Wort im Vertrauen zu reden war.“
„Nun doch recht nicht“, sagte Christen, „von wegen der Mutter, sie ist überaus gut, aber sie sieht, wie bei uns die Mädchen tun und meint, sie seien alle gleich. Ich habe es Dir aber den ersten Augenblick angedeutet, daß Du nicht bist wie die andere, und bereuenst dich nicht gleich so lieb gewonnen. Demgegenüber zeugt mich kein Geld, aber ich muß einfaßlich und dumm, und ich weiß nicht, ob Du mit etwas darauf hastest oder nicht. Wenn's das war, so sag's. Sieh, da habe ich eine doppelte Berner Dubel; damit Du siehst, daß das Geld nicht nicht wert, wenn sie so etwas nötig, so kauf's, sonst bestell sie, gegenwärtig wird sie wohl auf zu brauchen sein. Ein Gespräch soll sie nicht sein, wenn sie nur, ich will betonen, kein Recht. Nur damit Du siehst, daß mich Deinnetwegen das Geld nicht weht, aber

so die Later herumwerfen, nur um sich groß zu machen, das ist eine Sünde; das ist nicht menschlich, das ist falberig.“
„Du hast recht“, sagte Stübli, „gerade so ist mir's auch.“
„Du nimm sie“, sagte Christen.
„Eine schone ist“, sagte Stübli, „recht ansehen möchte ich sie gerne, und hier sieht es sich mir nicht, ich will sie mitnehmen; wenn Du Langeweile machst, so komm und hole sie.“
„De nun“, sagte Christen, „das ist guter Bescheid, und die Segnung danach wird mich bald ankommen, wenn Du nichts dagegen hast.“
„Was wolle ich?“ sagte Stübli, „komm, wenn Du willst.“
„So sei“, sagte Christen und bot Stübli die Hand, und Stübli legte die ihre hinein und hatte die Augen voll Wasser. Gabe ich den Rechten gefunden, dachte sie, oder bin ich der Rarr im Spiel?
Als sie zu den Alten zurückkam, die hinter einer neuen Flasche Notzen sahen und kein Licht Gellern aneinander gefahren hatten, fragte die Wirtin: „Nun, wo ist der Rarr? Warte ich aus.“
„Gaben nichts gefunden“, sagte Christen, „das uns anständig gewesen wäre; was Lumpiges habe ich nicht mögen, und was Recht's war nicht da; ein andermal treffe es sich vielleicht besser, haben wir gedacht.“
Der Wirtin Gesicht lief auf wie alles Leder in hundertem Jahre; es mußte brennen in der. Endlich ließ sie einen tiefen Seufzer los und sagte Stübli: „Ich möchte aufbrechen; geschwindlich sind an diesem Abend Leute über Nacht bei uns, und wenn ich nicht dorein bin, geht's nicht.“
Wie sie besetzte, sagte Christen; wenn sie noch eine Flasche kommen lassen wollte, er hätte durch bekommen, so wolle er unterdessen ankommen lassen.
„Es wird das beste sein, was Du machen kannst“, sagte die Mutter sehr herzlich. Von der letzten Flasche, sagte die Wirtin, möge sie nicht, während können Christen herzlich und herzlich trank, heiter lächelte nach, während der Mutter die Wirtin zu wackeln war, daß sie fast nicht ankommen konnte, es würde sie freuen, wenn sie einmal aufbrechen bei ihnen. Sie hätte recht Freude gehabt, sie anzutreffen, hätte schon viel von ihnen gehört, aber sie noch nicht gelangt.
Schluß folgt.